

Besoldungsgesetz verabschiedet – Berliner Beamte und Pensionäre erhalten ab 1. Dezember 2022 mehr Geld



Am 14. November 2022 hat das Berliner Abgeordnetenhaus dem Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2022 endgültig zugestimmt. Das Gesetz sieht die Erhöhung der Besoldung für die Berliner Beamtinnen und Beamten um 2,8 Prozent ab dem 1. Dezember 2022 vor. Neben den Grundgehaltssätzen werden auch die Familienzuschläge der Stufe 1-3, die allgemeinen Stellenzulagen und die Amtszulagen entsprechend erhöht. Anwärter und Anwärterinnen erhalten 50 Euro monatlich mehr.

Zudem regelt das Gesetz die Zahlung einer Energiepreispauschale von 300 € für Berliner Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Für die pünktliche Auszahlung hat der Berliner Finanzsenator Daniel Wesener bereits gesorgt. Durch eine Vorgriffsregelung ermöglichte er die rechtzeitige Einpflegung in das IPV-System. Die Energiepreispauschale wird allerdings erst frühestens im Januar 2023 ausgezahlt.

Der Chef der DSTG Berlin, Oliver Thiess begrüßt die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifiergebnisse, kritisiert aber gleichzeitig, dass diese Besoldungserhöhung den steigenden Preisen und der hohen Inflation nicht gerecht wird. Die Kostenexplosion nahm auch der dbb berlin zum Anlass und fordert vom Land Berlin einen Inflationsausgleich zu schaffen. Der Dachverband der DSTG Berlin hält hierbei eine Erhöhung der Besoldung und Versorgung um 10 Prozent für angemessen. Das Land Berlin ist als Dienstherr nach verfassungsrechtlichen Grundsätzen sogar gesetzlich verpflichtet, eine angemessene Bezahlung zu leisten und ein Kriterium hierfür ist die Beachtung der Inflation bei Besoldungserhöhungen.

Info:

Am 29.11.21 einigten sich die Tarifparteien auf einen Tarifabschluss für die Tarifbeschäftigten der Länder. Der TV-L (Tarifvertrag der Länder) sah die Zahlung einer Corona-Prämie in Höhe von 1.300 € im März 2022 und die Erhöhung der Entgelte um 2,8 Prozent ab dem 1. Dezember 2022 vor. Die Tarifierhöhung wird nun durch das Besoldungsgesetz auf die Berliner Beamten und Beamtinnen zeit- und inhaltsgleich übertragen. Der Tarifabschluss 2021 fand jedoch unter ganz anderen Rahmenbedingungen statt. Die Inflationsrate lag zu diesem Zeitpunkt bei etwa 3 Prozent. Mittlerweile beträgt sie über 10 Prozent. Die nächsten Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten der Länder finden im Herbst 2023 statt. Die aktuell laufenden Tarifverhandlungen betreffen die Kollegen und Kolleginnen von Bund und Kommune.

Die DSTG Berlin und der dbb berlin haben aktuell mehrere Forderungen gegenüber dem Finanzsenator formuliert. So hat die DSTG Berlin in einem Brief an den Senator die Erhöhung der Wegstreckenentschädigung für Außendienstbeschäftigte gefordert. Zudem soll das Land Berlin sich an den Energiekosten im Home Office beteiligen.

Weiterhin nehmen Fachgewerkschaft und Dachverband jede Gelegenheit gegenüber Politik und Verwaltung wahr um auf die Probleme in der Berliner Finanzverwaltung aufmerksam zu machen. Die DSTG Berlin führte Politische Gespräche auf dem Steuer-Gewerkschaftstag Anfang September 2022 und traf sich zudem am 19. Oktober 2022 mit dem Sprecher für Haushalt und Finanzen Andre Schulze (Bündnis 90/Die Grünen) und der Sprecherin für Verwaltung, Personal und Haushalt Julia Schulze (Bündnis 90/Die Grünen). Weitere Gespräche mit der Politik und der Senatsverwaltung für Finanzen sind terminiert.



Alle Informationen finden Sie auch auf der Homepage der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Berlin:
www.dstg-berlin.de

Folgen Sie der DSTG Berlin auf Facebook
www.facebook.com/DahinterStehenTausendeGesichterBerlin



Landesvorsitzender: Oliver Thiess

Kontakt: Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin – e.V. Kluckstraße 8, 10785 Berlin
Tel.: 030 / 21 47 30 40 Fax: 030 / 21 47 30 41 e-mail: info@dstg-berlin.de